ausreichen würden und sein Widerspruch gegen die Betreuung darauf beruht, dass er aufgrund einer psychischen Krankheit seinen Willen nicht frei bestimmen kann. Das Grundrecht der Bürger auf Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung verbietet bis zu dieser Schwelle einen betreuungsrechtlichen Eingriff; denn der Staat hat von Verfassungs wegen nicht das Recht, seine erwachsenen und zur freien Willenbestimmung fähigen Bürger zu erziehen, zu „bessern“ oder zu hindern, sich selbst zu schädigen (BVerfGE 22, 219/58, 208, 225).


Angesichts dieser verfassungsmäßigen Gebote im Rahmen des § 1896 BGB müssten viele Betreuungen unterbleiben, mit denen Betroffene landauf, landab (siehe Medienberichte) gegen ihren Willen „begürtet werden“.

zu erreichen wäre es eventuell, indem man das vom BayOblG ermittelte, verfassungskonforme Auslegung entsprechen, ungeschriebene Tatbestandmerkmal (s. o.) im Gesetz hineinschreibt.


Es wäre der Mühle wert, Merkmale einer Einwilligungsfähigkeit bzw. -umfeldungsfähigkeit zu finden und zu normieren, ohne den gesamten Rechtsbereich der Geschäftsfähigkeit von Grund auf neu zu ordnen. Bei der Einwilligungsfähigkeit kommt es, neben den verstandesmäßigen Fähigkeiten, vor allem auf die Freiheit des Willensentschlusses an (so der BGH in NJW 96, 918/919), also darauf, ob eine Entscheidung aufgrund einer Abwägung des Für und Wider und einer sachlichen Prüfung der in Betracht kommenden Gesichtspunkte möglich ist.

Nach der Stellungnahme der Zentralen Kommission zur Wahrung ethischer Grundsätze in der Medizin und ihren Grenzgebieten „Zum Schutz nicht einwilligungsfähiger Personen in der medizinischen Forschung“ (Februar 1997), wird vom Arzt verlangt zu prüfen, ob im Einzelfall jemand fähig ist,

a) einen bestimmten Sachverhalt zu verstehen, im Hinblick auf Ziele des Vorhabens, Verfahrens, Beeinträchtigungen, Risiken und Alternativen,

b) ihn in angemessener Weise zu verarbeiten,

c) ihn nachvollziehbar zu bewerten, wobei unbeschadet ist, ob er das in vernünftiger oder gar überzeugender Weise tut, und

d) auf der Grundlage von Verständnis, Verarbeitung und Bewertung einen eigenen Willen zu bilden.


5. In der öffentlichen Diskussion darüber, ob die Gerichte den Erforderlichkeitsgrundsatz genügend ernst nehmen und welche Ursachen sonst für das starke Anwachsen der Betreuungsfallen verantwortlich sind, wird ein Gesichtspunkt vernachlässigt, der für mich auf der Hand liegt:


Karl Heinz Zander, Gisela Lanzerath, Wolf Crefeld, Karl-Ernst Brill

Qualitätsanforderungen und Qualitätskontrolle im Betreuungswesen

Ein Diskussionsbeitrag des VormundschaftsgerichtsTag e.V.


Wenn aber Betreuer in durchaus vergleichbarem Maße Verantwortung für solche hochstpersönlichen Rechtsgüter tra-
gen, muss dann für sie nicht Ähnliches gelten? Aus dieser Sicht müssen unsere Bemühungen um die Qualifikation von Betreuer darauf zielen, dass Betreuer ähnlich den Heil- und Pflegeberufen zuverlässig einen hohen Qualifikationsstandard aufweisen und ihnen auf dieser Basis ein entsprechender gesellschaftlicher Respekt entgegengebracht wird.

Doch der Betreuer ist nur einer der Akteure, von dessen Befähigung allerdings die Wahrnehmung der vom Gesetzgeber dem Betreuungswesen zugewiesene Aufgaben im besonderen Maße abhängt.

Qualitätsentwicklung im Betreuungswesen


d. Neben den Betreuungsbehörden haben die Betreuungsvereine über die Wahrnehmung der sogenannten Querschnittsaufgaben (Gewinnung, Fortbildung und Unterstützung ehrenamtlicher Betreuer usw.) einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung des Betreuungswesens zu leisten. Hier sind überprüfbare Qualitätsstandards zu entwickeln, aus denen auch die Chancen der ehrenamtlichen Betreuung angemessen genutzt werden.


f. Ärztl. Gutachter sollten auf die der Krankheitsdiagnostik eigentümlichen definitorientierten Darstellung des Probanden weitgehend verzichten und sich mehr im Sinne moderner Behinderungsdiagnostik auf die Lösung der tatsächlich für die vormundschaftsgerichtliche Entscheidung relevanten Alltagsprobleme des Probanden hin orientieren. Das bedeutet u. a., stärker die verfügbaren Ressourcen zu beschreiben, Entwicklungsmöglichkeiten zu benennen und Rehabilitationsvorschläge zu machen.


Interdisziplinärer Dialog


geeignete Betreuer

Im Folgenden soll besonders auf die Notwendigkeit der Befähigung der Betreuer eingegangen werden.

Fähige Betreuerinnen und Betreuer sind die Basis des Betreuungswesens und eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, dass dieses seinen Aufgaben im Hinblick auf die Rechte und Interessen der betreuten Menschen entspricht. Der Landeseigenen Rechtskraft gebende Sozialstaat hat hier eine Garantienpflicht und darauf zu achten, dass Betreuer die notwendigen Fähigkeiten tatsächliche besitzen. Eine weitere Perspektive kommt hinzu: Von der Qualifikation und somit der Qualität der Arbeit der Betreuer hängen das Ansehen und die Anerkennung ab, die dieser neue Berufstand in unserer Gesellschaft findet.

Was einen für seine Aufgaben hinreichend qualifizierten Betreuer ausmacht, steht nicht explizit im Gesetz. Dieses schreibt im Wesentlichen nur vor, dass ein Betreuer für seine Aufgabe geeignet sein muss. Wie diese Eignung konkret aussehen hat, welche Anforderungen an die fachliche Qualifikation des Betreuers zu stellen sind, dazu gibt das Betreuungsrecht nicht mehr als einen Rahmen vor. Mehr sollte es auch nicht, denn diesen Rahmen mit Inhalt zu füllen, ist eine fachlich-wissenschaftliche Aufgabe, ein Gemeinschaftsunternehmen reflektierender Praxis und empirisch-praxiologisch arbeitender Wissenschaft.

Die verschiedenen Anforderungen lassen sich in folgender Weise unterscheiden:

1. Betreuerinnen und Betreuer müssen ihre Rechte und Pflichten kennen.

2. Sie müssen das, was die betreute Person an Selbstsorge infolge ihrer Behinderung oder Krankheit nicht zu bewältigen vermöge, für sie unterstützend oder stellvertretend zuverlässig erledigen.

3. Sie müssen die individuellen Bedürfnisse und Probleme ihres Kindes soweit kennen, dass sie ihre Betreuungsaufgabe deren Interessen und Wünschen entsprechend wahrnehmen können.
Betreuer haben vom Staat ein Amt erhalten. Zur Wahrnehmung ihrer Aufgabe müssen sie daher wissen, was Gesetz, Gericht und Betreuungsbehörde von ihnen erwarten und was somit ihre Rolle im Verhältnis zum betreuten Menschen ist. Da über diese Kenntnisse ehrenamtliche Betreuer ebenso wie berufsmäßig tätige verfügen müssen, kann es sich nicht um eine Angelegenheit der Berufsausbildung handeln. Wenn Betreuverbesserung zusätzlich Aufgaben als Anleiter und Berater wahrnehmen, wird man von ihnen weitergehende Kenntnisse des Betreuungsrechts fordern. 


Besondere Problemlagen erfordern besondere Kompetenzen


Die Darstellung der dritten Art von Anforderungen an den Betreuer setzt an den Grundsätzen für die Beziehung zwischen betreuter und betreuerer Person und für die Aufgabenwahrnehmung an, wie sich diese aus den §§ 1897 und 1901 BGB ergibt. Der Begriff der persönlichen Betreuung (§ 1897 BGB) bezeichnet bekanntlich nicht eine Aufgabe des Betreuers, sondern die Art und Weise, wie dieser seine ihm vom Gericht übertragenen Aufgaben wahrzunehmen hat (Jürgens 1998). Um dieses „Wie“ konkreter zu fassen, ist ein Blick auf die Vorgaben des § 1901 BGB notwendig. Danach gilt als Maßstab der Betreueritätigkeit das persönliche Wohl des von ihm betreuten Menschen. Er soll dabei unterstützt werden, sein Leben nach eigenen Wünschen und Vorstellungen zu gestalten. Doch was sind diese Bedürfnisse und Erwartungen? Menschen, die eines Betreuers bedürfen, sind in ihrer Verständigungsfähigkeit ebenso wie in ihrem Realitätsbezug mehr oder weniger erheblich beeinträchtigt – sonst brauchten sie wohl kaum einen Betreuer. Woher aber weiß der Betreuer dann, was das Wohl und die Wünsche seines Klienten sind?


Persönliche Betreuung

Auf das Betreuungsrecht angewendet ergibt sich daraus: Der Grundsatz der persönlichen Betreuung beinhaltet die Pflicht zur Gestaltung einer persönlichen Beziehung zum betreuten Menschen mit dem Ziel, eben soviel an Verständigung und Verständnis zu ermöglichen, dass der Betreuer seine Aufgaben dem persönlichen Wohl des betreuten Menschen entsprechend wahrnimmt. Insofern ist persönliche Betreuung auch etwa bei der Vermögenssorge nicht auszuschließen gegenüber kaufmännischen Kenntnissen, wenn es um die Frage der Eignung eines Betreuers geht.

Unangemessen und manchmal auch zynisch wäre es, sich von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung um eine persönliche Betreuung mit der Behauptung frei zu handeln, bei einem Menschen sei wegen seiner erheblichen demenziellen, intellektuellen oder psychischen Beeinträchtigungen eine Verständigung nicht möglich. Sie ist möglich, wie viele Fachkräfte in ihrem Arbeitsalltag täglich beweisen. Sie kann allerdings schwierig sein, so schwierig, dass ein besonders hohes Maß an Professionalität in der Fähigkeit der Beziehungsste- staltung und der Kommunikation auf der nicht-kognitiven Ebene gefordert ist.

Wir sehen: Von dem, was einen geeigneten Betreuer ausmacht, ist die Fähigkeit zur persönlichen Betreuung eher das, was am schwierigsten und am häufigsten zu erlernen ist. Gerade hier kann die meiste Professionalität erforderlich sein. Hier ist der größte Aufwand in der Aus- und Weiterbildung zu leisten.

Entwicklung von Qualitäts- und Qualifikationsstandards für Berufsbetreuer


Zwei Strategien


VormundschaftsGerichtsTag e.V.
Uhlansdorfer Straße 32, 45657 Recklinghausen
Tel. 0 23 61/2 23 02, Fax 0 23 61/2 23 03
E-Mail: ke-brill.vgt@t-online.de

Udo Weitnbörser
Referent im Bundesministerium der Justiz, Bonn

Zur Vergabe einer rechtstataalchlichen Untersuchung zum Betreuungsrecht

1. Einleitung: Die Aufgabe der Rechtstataalchenforschung

- auf die Erforschung der tatsächlichen Anwendung und Wirkung positivrechtlicher Regelungen und
- auf die Erforschung von Tatsachen, deren Kenntnis für eine adäquate Problemlosung erforderlich ist.
Es geht damit um die
- Evaluation der Gesetzgebung im Hinblick auf deren Folgen, das heißt, Feststellung der Zielerreichung oder Feststellung von Bedarf an Codifikationsänderungen und
- Untersuchung der Ausgangslagen im Vorfeld von Gesetzgebung, das heißt, Untersuchung der möglichen Auswirkungen geplanter Gesetzgebung und Untersuchung des aktuellen Bedarfs an rechtlichen Regelungen.3

2. Die politische Reformdiskussion zum Betreuungsrecht

Das Betreuungsgesetz vom 12.9.19904 ist angesichts stetig steigender Betreuungszahlen und hoher Kostensteigerungen Gegenstand einer Reformdiskussion geworden. Das Betreuungsgesetz vom 25.6.19985 gilt ohnehin nicht als Abschluss einer allgemein als notwendig erachteten Reform, sondern allenfalls als unverzichtbarer punktueller Verbesserungsansatz.6

Die interfraktionelle Arbeitsgruppe des Deutschen Bundestages zur Strukturreform des Betreuungsrechts hat am 23.10.2000 einen Entwurf eines Eckpunktepapiers zur Reform des Betreuungsrechts vorgelegt. Schon im Vorfeld hatte die Justizministerkonferenz im November 1999 die Konstitu-

6 BT-Drucks. 13/10331 und Entschließungsantrag der SPÖ-Fraktion BT-Drucks. 13/10301.